

Bericht aus der Frühlingsession 1: Fragen und interessante Antworten

In der 2. Woche kamen für die Angestellten des grössten Bundesamtes interessante Fragen auf den Tisch, welche der Bundesrat beantwortete

Zur Klärung der rechtlichen Unterstellung der neuen Funktionen beim BAZG hielt er fest:

«Die als Zollfachleute ausgebildeten Mitarbeitenden unterstehen heute wie auch weiterhin der zivilen Gerichtsbarkeit. Für sie gibt es keine Änderungen.»

Auf die Frage, was mit den hängigen Verfahren vor dem Militärgericht passiert meinte er

«Sowohl das Militärkassationsgericht als auch die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichtes haben festgelegt, dass für die Zuständigkeit an der gegenwärtigen Gesetzeslage anzuknüpfen sei. Die Mitarbeitenden des Direktionsbereichs Operationen, die dem Grenzwachtkorps angehören, sind somit weiterhin der Militärjustiz unterstellt. Die sistierten Verfahren werden wiederaufgenommen und können abgeschlossen werden.»

Bericht aus der Frühlingsession 2 : Zentralpräsidentin Sarah Wyss meldet sich bei der Motion von Fabio Regazzi «Digitalisierung muss zu Vereinfachungen führen, auch im Zollwesen»

[Zum nachlesen](#)

[Zum nachschauen](#)

[Download video](#)

Bericht aus der Frühlingsession 3 : Vorstoss von Zentralpräsidentin Sarah Wyss

Als Präsidentin der Gewerkschaft des Zoll und Grenzwachtkorps «garanto» war ich in den letzten Wochen stark damit beschäftigt, gute Lösungen für die Mitarbeitenden zu finden. Das Bundesamt und die gesamte Landschaft der Zoll und Grenzsicherheit befindet sich in einer Monstertransformation. Die Monstertransformation ist derzeit mit vielen Problemen behaftet. Politisch sind gewisse Schritte heikel, weil sich die gesetzlichen Grundlagen im Graubereich befinden. Andererseits lässt auch der Einbezug der Mitarbeitenden und die Wertschätzung derer Arbeit zu wünschen übrig. Dazu musste der Bundesrat auf meine Interventionen hin Stellung nehmen. Diese Transformation wird mich noch weiter beschäftigen. Ein schöner Lichtblick gab es dennoch. Auf meinen Vorstoss hin ergriff die Oberzolldirektion ein Solidaritätszeichen. So wurde die Vignettenpflicht für ukrainische Fahrzeuge wie auch die Schwerverkehrsabgabe für Hilfsgüter ausgesetzt. Dieser Entscheid wurde aufgrund meiner Intervention ergriffen.

[Hier gehts zum Vorstoss](#)